



ZUSAMMEN UND ERFOLGREICH DURCH DIE PANDEMIE!

**Leitantrag außerordentlicher Landesparteitag
24. Oktober 2020**

Stand: 19. Oktober 2020

ZUSAMMEN UND ERFOLGREICH DURCH DIE PANDEMIE!

Die Bekämpfung des Corona-Virus ist die größte Herausforderung seit der Nachkriegszeit, mit der wir uns in Niedersachsen bislang konfrontiert gesehen haben. Die Corona-Pandemie prägt derzeit unser gesamtes gesellschaftliches, wirtschaftliches und psycho-soziales Leben. Niedersachsen hat in der Vergangenheit schon viele Probleme lösen müssen, aber mit der Bekämpfung des Virus werden wir besonders gefordert. Wir erleben derzeit eine schwierige Phase, die uns alle betrifft und alle beansprucht. Für uns ist klar: Nur gemeinsam können wir Corona bekämpfen.

Niedersachsen blickt zurück auf eine besonders erfolgreiche Entwicklung in den letzten Jahren. Wenn wir heute auf die Zeit vor Corona schauen, können wir in nahezu allen Politikfeldern als Folge sozialdemokratischer Politik eine positive Entwicklung in Niedersachsen feststellen:

- Die Anzahl der Kita-Plätze wurde in den letzten zehn Jahren um ein Fünftel gesteigert, die Kita beitragsfrei gemacht und die dritte Kraft in der Krippe wird mittlerweile bezuschusst.
- Die Ganztagsangebote an den allgemeinbildenden Schulen wurden durch sozialdemokratische Bildungsministerinnen und Bildungsminister in den letzten zehn Jahren von 46 Prozent auf 75 Prozent deutlich ausgebaut und auch qualitativ mit wesentlich mehr Lehrerstellen und schulischer Sozialarbeit ausgestattet.
- Die Anzahl der Studierenden haben wir seit 2013 um ein Fünftel steigern können und die Studiengebühren haben wir abgeschafft.
- Mit über 3 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hatten wir 2019 ein Rekordniveau und wir hatten die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung.
- Aktuell mehr als 22.000 Stellen im Polizeivollzug stellen einen historischen Höchststand dar. Die Fallzahlen sind so niedrig, wie seit Jahrzehnten nicht mehr, die Aufklärungsquote von Straftaten liegt mit 63,44 Prozent auf dem besten Wert seit 1990.
- Von 2017 bis 2019 wurden erstmals seit einem halben Jahrzehnt Altschulden des Landes abgebaut – insgesamt 872 Millionen Euro.

Das Jahr 2020 wird im Rückblick jedoch eine Zäsur darstellen.

Das Virus hat unser Leben in Niedersachsen in einem Ausmaß verändert, wie es sich zu Beginn des Jahres niemand vorstellen konnte. Von Kita und Schule über Arbeitsplätze bis hin ins Private – alle Lebensbereiche waren und sind von der Pandemie bestimmt. Große Teile des Wirtschaftslebens wurden zeitweise vollständig zum Erliegen gebracht. Im Juni waren in Niedersachsen rund 450.000 Personen aus 37.300 Betrieben in Kurzarbeit. Die Arbeitslosigkeit stieg coronabedingt im August um über einen Prozentpunkt an. Insolvenzen sind absehbar und viele Branchen kämpfen mit großen Schwierigkeiten. Rund acht Milliarden Euro Kredite mussten im Landeshaushalt für 2020 bereitgestellt werden, um insbesondere Konjunkturpakete und Kosten der Pandemiebekämpfung zu finanzieren. Und nicht nur in 2020, sondern auch in den kommenden Jahren gilt es, Mindereinnahmen in Höhe von zwei Milliarden Euro zu verkraften. Die Auswirkungen auf die Einnahmen des Staates beeinflussen unsere finanziellen Möglichkeiten und Spielräume. Dieser finanziellen Verantwortung stellen wir uns. Unser Ziel bleibt dennoch, auch und gerade in der Krise zu investieren und unser Land weiterzuentwickeln. Es wäre falsch, das Land jetzt weiter in die Krise „hineinzusparen“. Dies gilt insbesondere auch für die Kommunen in unserem Land, die sich auf unsere Unterstützung verlassen können.

Unsere Antwort: zusammen und mit klarem Kurs kommen wir durch die Krise!

Das Virus wird absehbar nicht verschwinden. Und trotz enormer Anstrengungen in der Forschung zu Medikamenten und Impfstoffen – auch hier in Niedersachsen – müssen wir uns noch bis mindestens weit ins nächste Jahr auf ein Leben mit Corona einstellen. Politisch kommt es deshalb jetzt darauf an, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger weiter zu schützen, zugleich aber auch Niedersachsen nachhaltig auf einen positiven Pfad der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zurückzuführen. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen hierbei ganz klar die Sicherung von Arbeitsplätzen, gleiche Bildungschancen, ein stabiles Gesundheitssystem und der Zusammenhalt in der Gesellschaft im Vordergrund.

Klar ist, dabei kann es nicht allein um das Wiederherstellen des Status Quo vor Corona gehen. Denn die Herausforderungen des Klimaschutzes, der Digitalisierung, der Internationalisierung, des demografischen Wandels und an eine lebendige Demokratie sind unverändert da. Die Corona-Pandemie hat hier sogar wie mit einem Brennglas die schon vorher vorhanden gewesenen Schief lagen aufgezeigt.

Mit Nachtragshaushalten in Milliardenhöhe wurde ein Konjunkturprogramm für Niedersachsen aufgelegt, welches es in der Geschichte des Landes so noch nicht gegeben hat. Wichtig ist jetzt, dass die Maßnahmen sowohl in der Krise helfen, aber gleichzeitig Niedersachsen widerstandsfähiger und zukunftsfester machen. Wir richten den Blick nach vorn und arbeiten daran, dass Arbeitsplätze dauerhaft erhalten bleiben und unsere Wirtschaft wieder schnell auf die Beine kommt. Dazu müssen wir durch Investitionen in Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz die Arbeitsplätze von morgen schaffen. Wir müssen die Zukunftschancen unserer Kinder durch bessere Lernbedingungen verbessern. Und wir brauchen ein Gesundheitssystem, das auch künftige Krisen meistern kann. **Nur mit einem klaren Kurs Richtung Zukunft kommen wir aus der Krise.**

Weltweit haben sich Millionen Menschen mit dem Corona-Virus infiziert. Hunderttausende sind verstorben. Und wir müssen feststellen, auch die genesenen Infizierten müssen oftmals noch lange mit den Folgen ihrer Erkrankung kämpfen. Dies zeigt: Niemand sollte das Corona-Virus auf die leichte Schulter nehmen. Die massiven einschneidenden Maßnahmen in der Corona-Pandemie wurden in Niedersachsen beeindruckend mitgetragen von der gesamten Gesellschaft. Auch in den nächsten Monaten brauchen wir in Niedersachsen weiterhin ein verantwortungsvolles Umgehen miteinander. Wir müssen achtsam sein und zeigen: **Nur zusammen kommen wir aus der Krise.**

Die Gründung des Bündnisses „Niedersachsen hält zusammen“ im Juni dieses Jahres ist ein starkes Zeichen des gesamtgesellschaftlichen Engagements. Vorbild ist der im Jahr 2015 für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten gegründete Zusammenschluss "Niedersachsen packt an". Niedersachsen hat in der Vergangenheit vielfältige Probleme lösen können und auch die Bekämpfung der Corona-Pandemie werden wir als Gesellschaft meistern. Die vielen Partnerinnen und Partner dieses Bündnisses stehen für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Mit dem Bündnis stehen wir für Solidarität und Mitverantwortung. Die Unterstützung kommt vor allem Menschen zugute, die von der Krise besonders hart betroffen sind.

Unsere zentralen Projekte für die nächsten Jahre:

1. Wir brauchen ein stabiles Gesundheitssystem.

Besser als die meisten Länder auf der Welt haben wir es bisher geschafft, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und so eine Überforderung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Corona hat gezeigt: Wir wollen einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst. Und wir brauchen eine Krankenhausplanung, die eine langfristig erforderliche gute Versorgung in der Fläche vorsieht und sektorenübergreifende Ansätze ermöglicht. Die Empfehlungen der Enquetekommission des Niedersächsischen Landtages zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Niedersachsen bleiben dabei abzuwarten. Schon jetzt haben wir in den Jahren von 2019 bis 2022 mehr als eine Milliarde Euro für die wohnortnahe Krankenhausversorgung zur Verfügung gestellt. Mit den Großbaumaßnahmen an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) und der Universitätsmedizin Göttingen (UMG) haben wir die richtigen Weichen gestellt, diese Spitzenuniversitäten und Maximalversorger zukunftsfest aufzustellen.

Wir brauchen mehr Hausärztinnen und Hausärzte vor allem im ländlichen Raum. Auch deshalb wollen wir die Anzahl der Medizinstudienplätze weiter ausbauen. Seit 2012 wurden bereits 172 neue Vollzeit-Studienplätze geschaffen. Die Gründung des dritten universitätsmedizinischen Standortes in Oldenburg war eine richtige Entscheidung. Dessen Ausbau wollen wir noch in dieser Legislatur vorantreiben. Und wir bringen die sogenannte Landarztquote auf den Weg. Die Hebammen-Studiengänge starten an vier Standorten zu diesem Wintersemester. Regionale Versorgungszentren mit ihrem kombinierten Angebot aus hausärztlicher Versorgung, Tagespflege und Beratungsangeboten sollen die soziale und gesundheitliche Infrastruktur stärken. Mit präventiven Hausbesuchen wollen wir älteren Menschen helfen, dass sie möglichst lange selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden wohnen können. Und auch die Nutzung der Chancen der Digitalisierung im Gesundheitswesen – gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen – wird zukünftig eine immer größere Rolle einnehmen müssen. Sie bietet Chancen, weite Wege zu überwinden, Fachkräfte zu entlasten und insbesondere die Notfallversorgung zu verbessern.

Pflegekräfte brauchen bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Es reicht kein einmaliger Bonus, es braucht dauerhafte Fairness! Und das bedeutet: gute Arbeitsbedingungen, abgesichert durch einen allgemeinverbindlichen flächendeckenden Tarifvertrag.

Wir planen daher, die künftige Förderung der Investitionskosten an eine tarifgerechte Bezahlung der Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen zu koppeln und werden das Niedersächsische Pflegegesetz entsprechend ändern.

Die generalisierte Ausbildung für Kranken- und Altenpflege hat das Ziel, qualifiziert und bedarfsgerecht auszubilden. Ein bedarfsgerechtes Angebot an Fachkräften kann nur dann sichergestellt werden, wenn die Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen zusätzliche Anstrengungen in der generalisierten Pflegeausbildung unternehmen sowie die Altenhilfeeinrichtungen und Krankenhäusern geeignete Pflegeverbände schaffen.

Wenn bei der Ausführung von medizinischen Behandlungen der Gedanke herrscht, wie der Profit maximiert werden kann, leidet darunter der Personalschlüssel und somit auch die Zeit an den Patientinnen und Patienten. Um die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften und anderen medizinischen Angestellten nachhaltig zu verbessern, dürfen medizinische Einrichtungen wie beispielsweise Krankenhäuser nicht renditeorientiert geführt werden. Davon profitieren nicht nur Angestellte von Krankenhäusern in öffentlicher Hand, sondern auch die Patientinnen und Patienten, denen mehr Zeit gewidmet werden kann. Eine gute

medizinische Versorgung, bei der das Wohl der Patientinnen und Patienten im Vordergrund stehen, muss gewährleistet sein.

Corona hat aber auch neue Handlungsfelder aufgezeigt: Wir brauchen künftig einen – auch im Pandemiefall – zuverlässigen Beschaffungsweg für medizinische Güter – von der Schutzkleidung bis hin zu Medikamenten. Neue Formen der Vorsorge sind erforderlich. Die Beschaffungswege müssen auch europaweit funktionieren. Und es muss auch diskutiert werden, ob die industrielle Gesundheitswirtschaft zumindest in bestimmten Bereichen zur nationalen Schlüsselindustrie erklärt und entsprechend geschützt werden muss. Wir müssen die Produktion von Arzneigrundstoffen wieder verstärkt in die EU holen, um gefährliche Abhängigkeiten zu reduzieren.

2. Kommunale Daseinsvorsorge für gleichwertige Lebensverhältnisse stärken

Gerade jetzt brauchen wir starke Kommunen. Die Kommunen sind der wesentlichste Ort des gesellschaftlichen Zusammenhalts und unseres Zusammenlebens. Sie leisten wichtige Beiträge zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher hat der Landtag zusammen mit dem Bund einen Rettungsschirm gespannt, um die kommunalen Haushalte in Niedersachsen zu stützen und die Kommunen zukunftsfähig zu halten.

Perspektivisch müssen wir Daseinsvorsorge in Städten und dem ländlichen Raum neu denken, damit auch weiterhin in allen Regionen des Landes gleichwertige Lebensverhältnisse vorzufinden sind. Die sozialen Infrastrukturen müssen wir zielgerichtet ausbauen und an die veränderten demografischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Bedürfnisse anpassen. Ein Beispiel hierfür ist unser laufendes Modellprojekt Regionale Versorgungszentren. Wir wollen, dass ältere Menschen so lange es geht in ihrem vertrauten Umfeld bleiben und weiter aktiv am Gemeinschaftsleben teilnehmen können. Gleichzeitig wollen wir für junge Familien und junge Fachkräfte attraktiv sein und bleiben. Gerade in den ländlichen Regionen werden sich durch den Ausbau von Breitband und der Digitalisierung ganz neue Entwicklungschancen ergeben.

3. Wir setzen auf gute Bildung und Chancengleichheit.

Mit Notbetreuung haben die Erzieherinnen und Erzieher, die Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der ersten Hochphase der Pandemie einen wichtigen Beitrag geleistet. Eine der wichtigsten Aufgaben bei der weiteren Bewältigung der Pandemie ist es, die politischen Weichen so zu stellen, dass Kitas und Schulen nicht ein zweites Mal flächendeckend geschlossen werden müssen. Krippen und Kitas sind für viele Kinder der erste Zugang zu Bildung. Wir setzen unsere Anstrengungen fort, die Schaffung von mehr Plätzen zu fördern, wie auch Jahr für Jahr die Ausbildungszahlen durch verschiedene Ausbildungswege unter Wahrung der Qualität zu steigern. Das Ziel einer weiteren Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels in den Kitas behalten wir im Auge.

Nach dem Shutdown haben die niedersächsischen Lehrkräfte hervorragendes geleistet, um kurzfristig auch in Distanz Unterricht fortzusetzen. Mit dem niedersächsischen Schulöffnungsplan und seinen Szenarien wurden die notwendigen Rahmenbedingungen für das erfolgreiche Wiederanfahren der Schulen gesetzt. Schülerinnen und Schüler, die Lernstoff aufholen wollen, unterstützen wir durch zusätzliche Angebote. Corona hat uns die Bedeutung des Lernens mit digitalen Medien nochmal vor Augen geführt. Digitale Lernkonzepte müssen noch stärker in Angriff genommen werden. Mit den Mitteln des Digitalpakts und des Sofortausstattungsprogrammes. haben wir die Ausstattung in den Schulen deutlich vorangetrieben – mit Tablets oder Laptops für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte. Klar ist auch: Das

Lernen mit digitalen Medien ist eine wichtige Ergänzung der Methoden in der Schule für eine moderne und zeitgemäße Bildung. Darüber hinaus werden wir in Niedersachsen spätestens zum Schuljahr 2023/2024 Informatik als Pflichtfach einführen.

Damit die Schulen Teilhabe und Chancengleichheit vermitteln können, wollen wir unser Ganztagsangebot weiter ausbauen. Wir wollen bei den Grundschulen den Rechtsanspruch auf Ganztag in einem realistischen Stufenplan umsetzen. Das wird ein gewaltiger Kraftakt von Kommunen und Land, bei dem wir vor allem auch die nachhaltige Beteiligung des Bundes brauchen.

Wir wollen, dass es einen kostengünstigen landesweiten ÖPNV-Tarif für alle jungen Menschen, die in Niedersachsen leben, lernen und sich qualifizieren, in einem barrierefreien ÖPNV gibt. Wir starten dabei zunächst mit einem regionalen verbilligten Jugendticket. Außerdem wollen wir weiter den Schülerverkehr für alle Schülerinnen und Schüler sowie Azubis kostenlos machen. So können junge Menschen aktiver und eigenständiger unterwegs sein – und das nachhaltig und unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern.

4. Wir gestalten Strukturwandel und sichern Beschäftigung.

Die Pandemie hat zu einer abrupten Vollbremsung unserer Wirtschaft geführt - durch den Shutdown in Deutschland und noch viel mehr durch die gestörten Lieferketten mit anderen Staaten. Die Auswirkungen dieser Vollbremsung sind für die Lage der niedersächsischen Unternehmen und für die Arbeitsplätze einschneidend. Die Vollbremsung hat den notwendigen Transformationsprozess leider sogar beschleunigt. Der Digitalisierungsprozess verläuft nun noch schneller, die Einschränkungen der Globalisierung drohen spürbarer zu werden und die Strukturanpassungen für den Klimaschutz machen keine Pause.

Wir wollen diesen Prozess zusammen mit den Unternehmen und ihren Belegschaften gestalten. Es darf nicht dazu kommen, dass der notwendige Umbau auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Leitbild muss deshalb sein, dass die Unternehmen selbst in ihre Zukunftsfähigkeit und in die Qualifikation investieren. Gerade angesichts der tiefen Wirtschaftskrise muss der Staat diesen Prozess aktiv unterstützen.

In Niedersachsen ergänzen wir die Förderung des Bundes durch eigene Überbrückungs- und Investitionshilfen. Damit stützen wir unsere niedersächsischen Unternehmen. Neben dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes wollen wir auch in Niedersachsen einen Beteiligungsfonds auflegen. Dieser niedersächsische Transformationsfonds soll kleinen und mittleren Unternehmen in der Automobilzuliefererwirtschaft bei der Bewältigung der aktuellen Krise überleben helfen.

Viele Unternehmen haben die Zeit des Shutdown für Qualifizierungen für die Arbeit von morgen genutzt. Denn die Arbeit ist zwar im Wandel, aber der Mensch ist dabei nicht ersetzbar. Wir wollen unsere niedersächsischen Hochschulen und berufsbildenden Schulen enger mit der Weiterbildung verzahnen. Das niedersächsische Bildungsfreistellungsgesetz wollen wir für Weiterbildung in Transformationsprozessen besser nutzbar machen. Langfristig wollen wir im Rahmen einer solidarischen Arbeitsversicherung einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und eine Qualifizierungsgarantie einführen. Und wir wollen in den Betrieben das Initiativrecht der Betriebsräte für Weiterbildung und damit die Interessen der Beschäftigten in der betrieblichen Weiterbildung stärken.

Mit einem Aktionsplan Ausbildung stärken wir Auszubildende und Ausbildungsbetriebe in diesem schwierigen Corona-Jahr: Bestehende Ausbildungsverhältnisse können durch Lohnkostenzuschüsse zu

Ende geführt werden. Ausbildungsbetriebe, die Auszubildende aus Insolvenzbetrieben übernehmen, werden unterstützt. Auszubildende, die für einen Ausbildungsplatz weite Wege akzeptieren oder sogar umziehen, bekommen eine Prämie. Gemeinsam mit den vorhandenen Strukturen der Partnerinnen und Partner und unseren berufsbildenden Schulen bauen wir zudem eine „Brücke in Ausbildung“. Das Ausbildungsjahr 2020 darf weder für die jungen Menschen, die sich am Übergang in ihr berufliches Leben befinden, noch für die Betriebe ein verlorenes Jahr sein.

Als Land mit einer Exportabhängigkeit wissen wir, wie wichtig für unseren Wohlstand die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen sind. Trotzdem werden wir uns die Frage stellen müssen, wie wir unsere Wirtschaft robuster und resilienter gegen Krisen aufstellen können. Wir brauchen eine gemeinsame Strategie der Europäischen Union für innereuropäische Wertschöpfungsketten in wichtigen Technologiebereichen wie der künstlichen Intelligenz, der Umwelttechnologie, der Medizin und des Gesundheitswesens, um globale Wirtschaftsbeziehungen und Lieferketten nachhaltig, fair und robust zu gestalten. Dazu brauchen wir weitere Verbesserungen im regelbasierten Handel und eine verbindliche Sorgfaltspflicht (Lieferkettengesetz) in Bezug auf die Einhaltung von Arbeits- und Umweltstandards, Risikomanagement, unabhängige Prüfungen und Transparenz.

Aus dem Shutdown können wir auch lernen. Unsere Arbeitswelt nach der Pandemie wird auch in ihrer Organisation eine andere sein. Die Pandemie hat gezeigt: Wir können effizient arbeiten und auf nicht notwendige Reisen verzichten. Deshalb wollen wir das Recht auf Homeoffice inklusive notwendiger Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten. Wichtig ist aber auch: Durch die Krise dürfen sich keine Muster verfestigen, die schon vorher problematisch für eine demokratische Gesellschaft waren. Wir setzen uns für eine faire Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ein.

Soziale Marktwirtschaft beginnt mit guter Sozialpartnerschaft und verbrieften Mitbestimmungsrechten. Immer häufiger erleben wir in den vergangenen Jahren aber, dass der Gedanke dieses Miteinanders nicht genutzt wird für ein nachhaltiges Aufstellen der Unternehmen, sondern dass kurzfristige Profitorientierung eher versucht ist, dieses zu umgehen. Offensichtlich reichen heute die gut 50 Jahre alten Regelungen zur Mitbestimmung und Betriebsverfassung nicht mehr, um die bevorstehende Transformation erfolgreich und sozialverträglich zu gestalten. Das Betriebsverfassungsgesetz muss in wesentlichen Fragen erweiterte Initiativrechte für den Betriebsrat enthalten. Und in Aufsichtsräten muss im Konfliktfall die/der Aufsichtsratsvorsitzende, als neutrales Mitglied zwischen Kapital- und Arbeitnehmerseite vermitteln, damit bei dramatischen Eingriffen in das Unternehmen nicht einfach über die Arbeitnehmerbank hinweg mehrheitlich beschlossen werden kann. Nur so gelingt eine Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe.

Wir gestalten den Strukturwandel in Niedersachsen, wie der von uns initiierte Strategiedialog Automobilwirtschaft zeigt. Hier erarbeiten VW, die Zulieferer und die Arbeitnehmervertretungen gemeinsame Maßnahmen in diesem Transformationsprozess. Erste Ergebnisse sind sichtbar: Bundesweit einmalig haben die Sozialpartner Transformationslotsen auf den Weg gebracht. Meisterinnen und Meister oder Technikerinnen und Techniker sollen zu Spezialistinnen und Spezialisten für ihr Unternehmen bei der digitalen Transformation ausgebildet werden. Experten in Transformationshubs beraten zu Beschäftigtenqualifizierung. Und bei den KMUs werden VeränderungsMacher ausgebildet.

Wir wollen Arbeitslosigkeit verhindern, bevor sie entsteht, und auch im Wandel für Schutz und Chancen sorgen. Jede und jeder Beschäftigte soll deshalb im Wandel die Unterstützung bekommen, die notwendig ist, um Arbeitsplätze zu sichern oder neue Perspektiven zu schaffen.

In Niedersachsen sind aktuell nur noch 56 % der Beschäftigten durch ein tarifliches Arbeitsverhältnis geschützt. Ob im Pflegebereich, der Fleischindustrie, im Einzelhandel oder im Handwerk, immer häufiger verweigern Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber den Abschluss von Tarifverträgen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt weiterhin, dass jede und jeder von ihrem und seinem Einkommen gut leben können muss. Die niedersächsische SPD setzt sich dafür ein, die Tarifbindung in den nächsten Jahren trotz oder gerade auch wegen der schwierigen Zeiten wieder zu stärken. Primär liegt dies in der Verantwortung der Arbeitgeber. Öffentliche Aufträge dürfen in Niedersachsen bereits jetzt nur an Tarifbetriebe vergeben werden. Wichtig ist es gerade jetzt, auch eine gezielte Wirtschaftsförderung für Betriebe an die Einhaltung und Anwendung von Tarifverträgen zu binden. Bundesweit muss zudem die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert werden. Wir fordern eine Abschaffung des Vetorechts der Arbeitgeberverbände.

Niedersachsen muss Vorreiter für kluge und innovative Ansätze werden. Dafür stärken wir den Forschungsstandort Niedersachsen – auch durch die Einrichtung neuer IT- und KI-Campus in Oldenburg bzw. Hannover. Innovationen und Ideen müssen dafür wieder verstärkt aus Niedersachsen kommen.

Wir brauchen Hochschulen, die sich neben ausgezeichneter Lehre und Forschung der „third mission“ (Bindeglied und Multiplikator zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft) widmen. Und wir wollen auch in den Unternehmen Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau halten, weshalb wir mit den Konjunkturprogrammen des Bundes und des Landes insbesondere transformationsrelevante Innovationen und Innovationscluster fördern. Wir brauchen Reallabore zur besseren Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft und zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers. Die drei vom Bund ausgewählten Reallabore Energiewende sind ein niedersächsischer Erfolg, den es auszubauen gilt. StartUps werden in der Krise nicht alleine gelassen – auch durch das von Bund und Land finanzierte Förderprogramm, mit dem KMUs und Startups Beteiligungskapital zur Verfügung gestellt wird. Denn Fakt ist: Die sozial-ökologischen Transformationsprozesse gelingen nur mit moderner Forschung und Innovation.

Unser Land braucht einen Digitalisierungsschub. Ganz vorneweg brauchen wir eine bessere digitale Infrastruktur – angefangen bei flächendeckenden glasfaserbasierten Gigabit-Netzen, die in Niedersachsen bis 2025 stehen müssen. Nur so funktioniert der Wechsel von Präsenz in mobiles Arbeiten, aber auch die Möglichkeit von Beteiligung in Zeiten, wo man sich nicht von Angesicht zu Angesicht austauschen kann. Die Erfahrungen in der Corona-Zeit werden die Arbeitswelt nachhaltig verändern. Niedersachsen ist mit seinen guten Lebensbedingungen und der einzigartigen Landschaft ein Ort für viele verschiedene Lebensentwürfe, für Jung und Alt und insbesondere für Familien. Denn hier lässt es sich einfach gut leben. Das ist ein Standortvorteil, den wir mit einer hervorragend ausgebauten digitalen Infrastruktur in vielen gesellschaftlichen Bereichen nutzen müssen. Mit dem Masterplan Digitalisierung sorgt die Landesregierung für verlässliche Rahmenbedingungen in einem laufenden digitalen Transformationsprozess. Die digitale Kompetenz aller Menschen ist der zentrale Schlüsselfaktor für eine gute digitale Perspektive des ganzen Landes.

Niedersachsen braucht einen langfristig angelegten Investitionspfad, der eine verlässliche Planung und Durchführung in von öffentlichen Investitionen für die Zukunftsfähigkeit des Landes notwendigen Investitionsfelder ermöglicht. Das Corona-Konjunkturpaket ist hierfür ein erster Schritt. Mittelfristig brauchen wir aber ein Investitionsinstrument, das konform mit Schuldenbremse und Fiskalpakt Spielräume eröffnet. Gemeinsam mit den Gewerkschaften plädieren wir daher für die Einrichtung eines Niedersachsenfonds.

5. Sicherheit durch eine starke und bürgernahe Polizei

Die Polarisierung der Gesellschaft hat vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie zugenommen. Insbesondere Rechtsextremisten und -populisten versuchen die aktuelle Lage für ihre Zwecke zu missbrauchen. Eine besonders aggressive Minderheit aus Rechtspopulisten und Verschwörungstheoretiker nutzt die Situation für Angriffe auf unsere Demokratie und Diffamierungen der Repräsentantinnen und Repräsentanten unseres Rechtsstaats. Gleichzeitig stehen unsere Polizistinnen und Polizisten, die tagtäglich mit beeindruckendem Engagement und Einsatz diesen Rechtsstaat schützen, unter besonderem Druck und sind massiven verbalen Anfeindungen und auch körperlichen Attacken ausgesetzt.

Gerade jetzt ist daher eine starke, verantwortungsbewusste und bürgernahe Polizei von zentraler Bedeutung. Dafür haben wir in Niedersachsen frühzeitig die Grundlage gelegt. Aktuell mehr als 22.000 Stellen im Polizeivollzug stellen einen historischen Höchststand dar. Mit über 3.500 Studierenden in der Polizeiakademie Niedersachsen befinden wir uns weiter auf einem sehr hohen Niveau. Stellenhebungsprogramme und fortlaufend bessere Ausstattung stärken die Attraktivität des Polizeiberufs. Unsere Polizistinnen und Polizisten erhalten damit die Unterstützung und die Arbeitsbedingungen, die sie benötigen. Diesen eingeschlagenen Weg werden wir fortführen. Wir sorgen so dafür, dass unser demokratischer Staat handlungsfähig bleibt und sich Staatsfeinden weiterhin deutlich entgegenstellen kann.

Bereits heute stellen die Stärkung demokratischer Resilienz und die Wahrung der Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung zentrale Elemente der polizeilichen Aus- und Fortbildung dar. Die Einstellung zu demokratischen Grundwerten wird schon beim Aufnahmeverfahren in den Polizeiberuf intensiv geprüft. Diese Elemente wollen wir weiter stärken. Vereinzelt Vorfälle in der Polizei sorgen dafür, dass die gute Polizeiarbeit in Misskredit gebracht wird. Dennoch ist jeder Fall einer zu viel. Um die überwältigende Mehrheit der rechtsstaatlich handelnden Polizeibesetzten zu unterstützen, wollen wir daher gemeinsam mit Bund und Ländern eine fundierte wissenschaftliche Studie zur demokratischen Resilienz der Polizei durchführen. Dabei sollen die polizeiliche Praxis und die zugrundeliegenden Bedingungen und Strukturen, die das polizeiliche Handeln prägen, untersucht werden. Den Ansatz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu diesem Thema unterstützen und berücksichtigen wir. Wir stellen uns gegen jede Pauschalierung und werden die Studie im vertrauensvollen Dialog mit den Polizeipersonalvertretungen durchführen. Wir unterstützen die wichtige Arbeit unserer Polizei, damit das berechtigte hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Polizeiarbeit dauerhaft Bestand hat und die Menschen sich in Niedersachsen weiter sicher fühlen können.

6. Klimaschutz und Arbeit - neue Perspektiven für Niedersachsen schaffen.

Niedersachsen ist das zweite Land, das den Klimaschutz in die Landesverfassung aufnehmen wird. Das von uns vorgelegte Klimagesetz enthält anspruchsvolle CO₂-Minderungsziele, will die Landesverwaltung bis 2050 weitgehend klimaneutral machen, schreibt den Erhalt und die Vermehrung von Wäldern und Mooren vor und unterstützt klimaschonende Mobilität. Unser Ziel ist: Wir wollen Klimaschutzland Nr. 1 werden!

Dazu wollen wir die Energieversorgung bis spätestens 2050 komplett auf erneuerbare Energien umstellen. Fast 50 Milliarden kWh Strom wurden 2019 in Niedersachsen aus erneuerbaren Energien produziert. Jede fünfte in Deutschland regenerativ erzeugte Kilowattstunde Strom war damit „Made in Niedersachsen“. Doch wir brauchen mehr: Der Strombedarf für das Jahr 2030 muss deutlich höher als bisher angesetzt

werden. Der grüne Strom ist die Grundlage für konsequenten Klimaschutz. Der Bund muss den Weg endlich freimachen für mehr erneuerbare Energie, die wir fürs Heizen, Fahren, Wärmen, Produzieren und für vieles andere mehr zwingend brauchen. Wenn wir den Anteil erneuerbarer Energien am Strombedarf auf 65% bis 2030 steigern wollen, brauchen wir einen gesicherten Zubau von mindestens vier Gigawatt jährlich an Windenergie an Land.

Allein 2020 fällt in Niedersachsen ein Gigawatt aus der Förderung, in Deutschland sind es in den nächsten fünf Jahren 15 Gigawatt. Erste Priorität muss das Repowering an den Standorten haben. Dafür brauchen wir dringend Erleichterungen im Bereich der Höhenregelungen, des Artenschutzes und der Genehmigungsverfahren. Für die Windenergie auf See müssen zügig die Rahmenbedingungen für den gesicherten Ausbau von 20 Gigawatt bis 2030 gestellt werden. Dazu brauchen wir ein Ausschreibungsmodell, das diesen Ausbau nicht gefährdet. Im Bereich der Photovoltaik müssen wir endlich den Weg für ein einfaches Mieterstrommodell freimachen.

Das gilt umso mehr, da sich die EU voraussichtlich bis zum Ende des Jahres ambitioniertere Klimaschutzziele gibt. Der Europäische Green Deal bietet aus sozialdemokratischer Sicht die historische Chance, die sozial-ökologische Wende gerecht zu gestalten. Dabei ist Niedersachsen wie kein anderes Bundesland betroffen:

Wir sind Land der Erneuerbaren Energien, ohne die der Klimaschutz nicht gelingt. Die EU muss im Rahmen der Revision der Erneuerbaren Energien Richtlinie für einen stärkeren Ausbau sorgen.

Wir haben eine starke Landwirtschaft, die für ihren Klimaschutzbeitrag Unterstützung aus der Gemeinsamen Agrarpolitik erhalten muss. Und wir sind Industrieland und wollen es bleiben. Daher muss die EU nicht nur neue Reduktionsziele vorgeben, sondern auch verlässliche Wege für die Industrie aufzeigen. Nur mit Planungssicherheit und Unterstützung von Seiten der EU kann eine sozial-gerechte Transformation gelingen: das betrifft die Bereiche Wasserstoff-Strategie, Gebäude-Energieeffizienz und auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Klar ist auch, dass wir die Verlagerung von Emissionen in Regionen mit weniger strikten Klimaschutzvorgaben verhindern müssen (Carbon-Leakage-Schutz).

Wir wollen klimaschonende Mobilität vorantreiben in Niedersachsen. Wir unterstützen die Kommunen bei der Beschaffung von klimaschonendem ÖPNV und setzen auch bei den Schienenfahrzeugen auf klimaschonende Antriebe. Und wir wollen die Mobilität - auch im ländlichen Raum – durch plattformbasierte Shuttle-Dienste, Bürgerbusse und andere neue Mobilitätsformen verbessern. Wir wollen mehr Radwege in Niedersachsen bauen, brauchen aber auch ein systematisches Erhaltungsmanagement für unsere Landesstraßen und Brücken. Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung in einem Flächenland wie Niedersachsen – für wirtschaftlichen Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe.

Ein grundlegender Umbau unseres Wirtschaftssystems mit Hilfe von grüner Energie bringt zugleich riesige Chancen für Innovation und Arbeitsplätze mit sich. Klimaschutz und Wirtschaft schließen sich nicht aus. Im Gegenteil. Projekte aus der Stahlindustrie und der Chemie belegen den enormen Bedarf an Wind- und Sonnenenergie für eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft. Dazu wird der Wasserstoff nicht nur als weiterer Energieträger, sondern auch als Grundstoff für die Dekarbonisierung sowohl bei der Mobilität, Wärme wie auch bei der Industrie wegweisend sein.

Wasserstoff kann das Speicherproblem bei der regenerativen Energieerzeugung lösen und sowohl bei der Mobilität als auch bei der Dekarbonisierung der Industrie wegweisend sein. Wir müssen bei erneuerbar erzeugtem Wasserstoff in die großflächige Anwendung kommen – und zwar im industriellen Maßstab. Niedersachsen bietet durch den Windstrom und große Kavernen im Nordwesten ideale Voraussetzung zum Aufbau einer leistungsstarken Wasserstoffwirtschaft, wenn der Bund endlich völlig unverständliche

Hindernisse abschafft. Die liegen vor allem in den zusätzlichen Kosten für den grünen Strom. Wir brauchen eine konsequente und verlässliche Senkung der EEG-Umlage auf zwei Cent und eine Senkung der Stromsteuer. Damit sichern wir die Wettbewerbsfähigkeit der klimaschützenden Technologien und Anwendungen und wir garantieren gleichzeitig den verlässlichen Ausbau der erneuerbaren Energien.

Als Land werden wir die finanzielle Förderung verstärken, um unseren Vorsprung als Wind-Land auch in einem Technologievorsprung auszubauen. Wir fördern die Wasserstofftechnologie, die Elektromobilität und alternative Antriebe.

Bis 2050 soll die Landesverwaltung weitgehend klimaneutral sein. Wir investieren – auch als Corona-Konjunkturprogramm – in die energetische Sanierung von Landesliegenschaften und die Umstellung des Fuhrparks der Landesverwaltung. Wir fördern Photovoltaik-Batteriespeicher im Wohnungsbau.

Mit Maßnahmen in Hochwasserschutz, in klimaresiliente Wiederaufforstung und der Förderung von Wassermanagementkonzepten investieren wir auch in die Anpassung an die bereits stattfindende Erderwärmung. Wir haben es erreicht, dass insgesamt eine Milliarde Euro bereitsteht.

7. Der Niedersächsische Weg ist bundesweites Vorbild beim Natur-, Arten und Gewässerschutz.

Mit dem Niedersächsischen Weg wurde von Natur- und Umweltschutzverbänden, Landwirtschaft und Landesregierung eine bundesweit einmalige Allianz für Natur-, Arten und Gewässerschutz geschmiedet. Der Niedersächsische Weg ist ein Baustein für einen breiten Gesellschaftsvertrag. Die Landwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Umwälzungsprozess. Die gesellschaftlichen Erwartungen an die Landwirtschaft im Hinblick auf Arten-, Natur- und Tierschutz sind hoch und werden nun im Niedersächsischen Weg abgebildet. Wir haben uns in einem einmaligen Zusammenschluss über Maßnahmen des Natur-, Arten- und Gewässerschutzes verständigt und werden diese Aufgabe in den nächsten Jahren weiter partnerschaftlich umsetzen.

Zu den Vereinbarungen gehören insbesondere die Reduzierung der Bodenversiegelung, der Ausbau des Ökolandbaus und der Biotopverbünde, das Anlegen von Blühstreifen, Einschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger, die Unterstützung von Maßnahmen in den Natura-2000-Gebieten und die nachhaltige Wiederaufforstung unserer Landesforsten.

Der Niedersächsische Weg zeigt, dass wir als Volkspartei in einem ländlich geprägten Bundesland alle relevanten Akteurinnen und Akteure an einen Tisch holen und zu einer für alle Seiten fairen Vereinbarung führen können. Wir verbinden politische Führung mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit. Wir wollen in einem guten Miteinander einen gesamtgesellschaftlichen Konsens hinbekommen. Landwirtschaft und Naturschutz sind aufeinander zugegangen und haben sich gemeinsam auf einen Weg verständigt. Alle gemeinsam wollen, dass unsere Natur erhalten bleibt. Und alle gemeinsam wollen, dass die Landwirtschaft für ihre zusätzlichen Aufgaben und Leistungen entlohnt werden. Schützen und nützen ist die Devise dieses ersten Bausteins eines breiten Gesellschaftsvertrages. Nicht gegeneinander, sondern miteinander. Und so wie Landwirtschaft und Naturschutz zusammenpassen, geht es auch anderswo: Artenschutz und Energie oder Klimaschutz und Industrie. Dies wollen wir in Niedersachsen zeigen.

8. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum auch durch eine Landeswohnungsbaugesellschaft.

Immer mehr Menschen in Niedersachsen finden keine bezahlbare Wohnung. Der Bau von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum und Sozialwohnungen muss massiv ausgeweitet werden. Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und das Land Niedersachsen haben das gemeinsame Ziel von 40.000 Wohnungen bis 2030 vereinbart. Das Land hat seine Zusagen eingehalten, eine neue Förderrichtlinie und zusätzliche Landesmittel bereitgestellt. Wir wollen in Niedersachsen wieder eine Landeswohnungsbaugesellschaft errichten – als zusätzliche Akteurin auf dem Wohnungsmarkt. Und wir machen uns für eine soziale Bodenpolitik stark. Wir werden auf allen Ebenen gegen Bodenspekulationen kämpfen. Für uns als SPD gehört zu einer sozialen Bodenpolitik auch die günstige Vergabe von öffentlichen Grundstücken sowie die Ausweitung des Erbbaurechtes. Investieren wollen wir auch in bezahlbares Wohnen für Studierende, was durch die Einbeziehung in die soziale Wohnraumförderung auch besser möglich ist. Und mit dem vorgelegten Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetz werden wir menschenwürdige Qualitätsstandards bei der Unterbringung z.B. von Werkvertragsbeschäftigten verpflichtend machen.

Gerade in der Pandemie darf soziale Wohnungspolitik nicht die Schwächsten der Gesellschaft, insbesondere wohnungslose Menschen, aus den Augen verlieren. Diese benötigen vor Ort mehr denn je Unterkunft und Hilfe, die auf kommunaler Ebene auch leistbar und finanzierbar sein muss. Mit dem Konzept zur Verbesserung der Situation wohnungsloser Menschen hat das Land u.a. seine Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten verstärkt. Mit dem gemeinsamen Modell von Land sowie Stadt und Region Hannover konnte Wohnungslosen zum einen Schutz geboten werden, zum anderen wurden Wege aus der Wohnungslosigkeit durch Beratung und Unterstützung ermöglicht, auch um negative Folgewirkungen von Obdachlosigkeit abzuwenden. Diese positiven Ansätze sollten niedersachsenweit aufgegriffen werden, um echte Perspektiven für eine dauerhafte Verbesserung der Situation wohnungsloser Menschen zu eröffnen.

Fazit

Auch wenn die Pandemie eine Zäsur darstellt, hat sie gleichzeitig den Blick geschärft. Sie hat wie ein Brennglas aufgezeigt, wo Veränderungen notwendig sind. Sei es beim Wandel der Arbeitswelt, der Digitalisierung in einem Flächenland, der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft, den Folgen der Globalisierung und der engen internationalen Verflechtung.

Niedersachsen wird gut durch die Krise kommen, wenn wir die richtigen Weichen stellen. Und für diese Weichen steht die SPD: Wir sind für Klimaschutz und wollen weiter Industrie im Land halten. Wir sind für Artenschutz und wollen erneuerbare Energien ausbauen. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung und neuen Technologien nutzen und Arbeitsplätze in Niedersachsen halten. Und wir wollen zeigen, dass Landwirtschaft und Naturschutz zusammengehen. Um das zu erreichen, müssen wir weiter in die Zukunft investieren und unter Führung der SPD werden wir dies auch tun!

Niedersachsen ist ein starkes Land und kann selbstbewusst nach vorne gucken: mit Solidarität, Zusammenhalt, mit der Stärke der Gemeinschaft, einem handlungsfähigen Staat sowie einem klaren Zukunftskurs werden wir den Weg aus der Krise erfolgreich gehen.